



**Oliver Kaczmarek**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Presseerklärung

Zur Pressemitteilung der Grünen-Kreistagsfraktion zum Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft erklärt der Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek:

Unna, 29. März 2010

Bezug:

Anlagen:

**Oliver Kaczmarek, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: E.446

Telefon: +49 30 227-71553

Fax: +49 30 227-76522

oliver.kaczmarek@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Unna:**

Untere Husemannstraße 38

59425 Unna

Telefon: +49 2303-25314-30

Fax: +49 2303-237218

oliver.kaczmarek@wk.bundestag.de

„Die vom Vorsitzenden der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen aufgestellte Behauptung, die SPD-Fraktion und ich selbst hätten für eine Kürzung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten gestimmt, ist unwahr.

Selbstverständlich hat die gesamte SPD-Bundestagsfraktion gegen den Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung gestimmt und damit auch gegen die darin vorgesehene Kürzung. Die SPD-Fraktion hat ihre Position zu den Kommunal финанzen in einem Entschließungsantrag zum Bundeshaushalt formuliert. Darin vorgesehen ist unter anderem die Rücknahme der erneuten Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft. Zudem fordert die SPD eine vollständige Kompensation der Steuerausfälle für die Kommunen in Folge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Unser Antrag (Bundestagsdrucksache 17/1088) ist in einfacher Abstimmung mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, Grüne und Linke abgelehnt worden. Einem Änderungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, der isoliert die Anhebung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft fordert, habe ich in namentlicher Abstimmung nicht zugestimmt.

Es stimmt allerdings bedenklich, wie die Grünen mit schlichten Unwahrheiten den Versuch unternehmen, Stimmung gegen die SPD zu machen. An einer inhaltlichen und auf Tatsachen beruhenden Auseinandersetzung in der Sache ist nichts auszusetzen – aber dann bitte auf der Grundlage von Wahrheiten und nicht von Unwahrheiten! In einem stimme ich jedoch zu: Eine umfassende Reform der Stadtfinanzen ist dringend erforderlich. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu letzte Woche in Berlin ihre Position für einen Rettungsschirm für Kommunen eingebracht. Ich bin gespannt, wie der Beitrag der Grünen in dieser Frage aussehen wird.“